

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 20. März 2018**

Sitzung Nr. 4 Ö

am Dienstag, 20. März 2018

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte: Albert, Erwin-Peter
Back, Udo
Dittmann, Rouven
Geider, Adolf
Heger, Roman
Herling, Michael
Kamuf, Carsten
Klemenz, Birgit
Knopf, Norbert
Köck, Siegfried
Krenzke, Marina
Rehorst, Tobias
Ronellenfitch, Andrea
Runde, Anneliese
Schell, Achim
Speckert, Ferdinand
Thome, Manuel
Vetter, Theo
Weis, Torsten
Prof. Dr. Werner, Wolfgang

Protokollführung: Reich, Anette

Gäste: Adelfang, Angelika (bis 19:30 Uhr)
Borcherding, Alexander (bis 20:41 Uhr)
Dietz, Peter
Kleiber, Werner
Kreibiehl, Markus (bis 21:00 Uhr)
Laux, Angelika (bis 20:41 Uhr)
Zorn, Harry
Villinger, Ulrich, Ing. Büro Piske (TOP 10 und TOP 11)

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 21:00 Uhr

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 09.03.2018 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 20 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: Gemeinderat Klaus Grün
Gemeinderat Roland Hecker

Es fehlen unentschuldigt: keine

Sitzung am: Dienstag, 20. März 2018 Nr. 4 Ö

Tagesordnungspunkt: 1

Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 06.03.2018

- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Die Protokolle der öffentlichen Gemeinderatssitzungen vom 27.02.2018 und 06.03.2018 lagen offen.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 20. März 2018**

Aus der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 27.02.2018 gibt **Bürgermeister Dr. Eger** bekannt, dass ein nichtöffentliches Gemeinderatsprotokoll vom 07.10.2014 hinsichtlich der Höhe des beschlossenen Erwerbspreises für ein Grundstück zu berichtigen war. Ferner wurde die Einstellung eines neuen Wassermeisters beschlossen.

Sitzung am: Dienstag, 20. März 2018 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 2
--	------------------------------

Bestellung von Urkundspersonen	- 022.3 -
---------------------------------------	------------------

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden **Gemeinderat Tobias Rehorst** und **Gemeinderätin Andrea Ronellenfitsch** als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 20. März 2018 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 3
--	------------------------------

Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung	- 022.3 -
---	------------------

Ausführungen und Beschluss:

-KEINE-

Sitzung am: Dienstag, 20. März 2018 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 4
--	------------------------------

Ergebnisbericht der Umfrage der Senioren	- 425.30 -
---	-------------------

Ausführungen und Beschluss:

Frau Angelika Adelfang hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderätin Annelise Runde dankt der Seniorenbeauftragten und den Interviewern für ihre Arbeit. Eine mögliche Erklärung dafür, dass der ÖPNV nicht so gut weggekommen ist, sieht sie darin, dass diese Generation noch in dörflicher Umgebung aufgewachsen ist, keine Erfahrung im ÖPNV gesammelt hat und demnach auf den Individualverkehr durch das eigene Auto vertraut. Hier schlägt sie vor, noch besser zu werben und aufzuklären. Positiv sieht sie, dass sich viele Senioren ehrenamtlich engagieren und eine wertvolle Stütze für die an sich gute Vereinsstruktur darstellen. Mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise ist sie einverstanden.

Bürgermeister Dr. Eger erhofft sich durch die Fahrgastinformationssysteme eine höhere Akzeptanz des ÖPNV. Dem subjektivem Empfinden steht die objektive Tatsache gegenüber, dass innerorts etwa alle fünf Minuten ein Bus in einer der beiden Richtungen unterwegs ist.

Gemeinderat Roman Heger lobt die hervorragende Auswertung und bittet die gewonnenen Erkenntnisse umzusetzen.

Gemeinderat Michael Herling dankt für den Ergebnisbericht und fragt nach der Erreichbarkeit des Ärztehauses hinsichtlich eines ehrenamtlichen Fahrdienstes und möchte wissen, welche Praxen dort einziehen.

Frau Angelika Adelfang antwortet, dass die Seniorenhilfe schon jetzt den Fahrdienst zu Arztpraxen anbietet. Im Ärztehaus werden sich eine Allgemeinärztin, ein Handchirurg, ein Homöopath, ein Physiotherapeut, ein Hörgeräteakustiker und eine Apotheke ansiedeln, zwei Praxisräume sind bislang noch frei.

Gemeinderat Norbert Knopf dankt für die Durchführung der Umfrage, kritisiert allerdings die untere Altersgrenze von bereits 60 Jahren, wodurch auch noch Erwerbstätige befragt wurden. Das Altwerden hat sich durch den gesellschaftlichen Wandel bereits nach hinten verschoben und es ist die Aufgabe, eine Umgebung zu schaffen, in der die persönliche Mobilität so lange wie möglich Freiraum hat.

Gemeinderätin Birgit Klemenz regt an, doch über einen Einkaufsbus nachzudenken, und findet es wichtig, dass die Straßen gerade auch für das Fahrradfahren sicherer werden.

Frau Angelika Adelfang gibt zu bedenken, dass die Seniorenhilfe auch Einkaufsfahrten übernimmt und hierfür häufig nur eine halbe Stunde für 4 € notwendig ist.

Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner dankt für die interessante und wichtige Erhebung. Am Bedarf für Geh- und Radwege soll gearbeitet werden. Er begrüßt, dass mit den Fahrgastinformationsanzeigen der

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 20. März 2018

ÖPNV attraktiver wird. Mit Rollator kann man allerdings vorne nicht in den Bus einsteigen, sondern nur hinten und mit einer Zeitkarte. Problematisch ist für gehbehinderte Senioren das ruckartige Anfahren von Bussen. In der Ortsmitte fehlt nach seiner Meinung ein Treffpunkt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Der Gemeinderat nimmt den Ergebnisbericht der Umfrage für Senioren vom Seniorenbüro zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen zu prüfen und zu berichten, was in den jeweiligen Fachbereichen verbessert werden kann.

Sitzung am: Dienstag, 20. März 2018 Nr. 4 Ö

Tagesordnungspunkt: 5

**Realisierung einer Toilettenanlage am Bahnhof Rot-Malsch
hier: Antrag der Fraktion der Freien Wähler**

- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Tobias Rehorst erläutert den Fraktionsantrag der Freien Wähler. Nach seiner Meinung hat die Verwaltung nur die Hinderungsgründe vorgelegt, anstatt die positiven Aspekte zu berücksichtigen und die aufgeworfenen Fragen zu beantworten. Die in den S-Bahnen vorhandenen Toiletten sind häufig aufgrund der überfüllten Züge nicht zu erreichen und nützen den am Bahnhof Wartenden nichts. Bezüglich Vandalismus möchte er über die Erfahrungen am Römerplatz informiert werden und verweist auf robuste Bauarten, wie diese in Städten häufig schon verwendet werden. Er sieht in der Errichtung dieser Toilettenanlage ein Stück Bürgerfreundlichkeit und hält sie auch im Hinblick auf die Mobilität von Senioren für wichtig. Er schlägt vor, dass für die Toilettenbenutzung ein Entgelt erhoben wird, sodass sich das zu erwartende Defizit verringern würde. Zudem sollen die öffentlichen Förderungen abgefragt werden und die Betreiberschaft durch die Bahn sowie die tatsächlichen Kosten geklärt werden. Er möchte wissen, ob ein solches Vorhaben auf der der Gemeinde teilweise gehörenden Fläche realisiert werden kann.

Bürgermeister Dr. Eger tut sich schwer, eine solche Maßnahme, die über das Notwendige hinaus in Richtung Komfortverbesserung geht, auf einer fremden Gemarkung zu 100 % zu realisieren, wobei das Grundstück zu zwei Dritteln der Gemeinde gehört, die seit 2010 laufende Verpachtung gekündigt werden müsste und die Gemeinde Malsch keinerlei Kostenbeteiligung zusagen kann. Der Bahnhof Wiesloch-Walldorf ist IC-Haltepunkt und daher nicht vergleichbar mit Rot-Malsch.

Hauptamtsleiterin Anette Reich führt aus, dass die Bahnhofstoilette in Walldorf-Wiesloch kommunal betrieben wird. Die DB-Service AG sieht erst ab einer Frequenz von 30.000 Besuchern täglich eine einfache WC-Anlage als rentabel an und bezuschusst auch keine solche Maßnahme. Die Investition und der spätere Unterhalt würden komplett bei der Gemeinde liegen, da von der Gemeinde Malsch kein Kostenbeitrag zu erwarten ist. Bei der Toilettenanlage am Römerplatz ist aufgrund ihrer wenig abgelegenen Lage und der nächtlichen Schließzeit glücklicherweise kein Vandalismus-Problem vorhanden.

Gemeinderat Roman Heger möchte wissen, wie viele Personen auf die Gemeinde zugekommen sind mit dem Wunsch, am Bahnhof Rot-Malsch eine WC-Anlage zu bauen. Ferner möchte er die Anzahl der Fahrgäste und deren Aufenthaltszeiten erfahren und welche Öffnungszeiten vorgesehen werden müssen. Er ist der Meinung, dass hier eigentlich die Bahn handeln müsste, und fragt nach den Folgekosten. In gleicher Weise müsste man dann auch an den Bahnhof Neulußheim denken. In der Abwägung findet die Maßnahme durch ihn keine Zustimmung.

Bürgermeister Dr. Eger räumt ein, dass ihm bekannt ist, dass der Wunsch nach einer WC-Anlage am Bahnhof Rot-Malsch bereits geäußert wurde, er kann diesen Wunsch jedoch niemanden individuell zuordnen.

Gemeinderat Torsten Weis sieht die Zuständigkeit für eine solche Maßnahme bei der Deutschen Bahn als Betreiberin des Bahnhofs und bezweifelt, dass die von der Verwaltung geschätzten Kosten in Höhe von 100.000 € reichen werden, wenn auch noch Versorgungsleitungen gelegt werden müssen. Auch die jährlichen Unterhaltungskosten von 15.000 € schätzt er als nicht ausreichend ein. Er kann das Projekt nicht unterstützen.

Gemeinderat Manuel Thome sagt, dass seine Fraktion mehrheitlich dem Projekt nicht zustimmen möchte.

Gemeinderat Norbert Knopf ist grundsätzlich für eine WC-Anlage am Bahnhof Rot-Malsch, jedoch sind für ihn prioritär die beiden großen Spielplätze, wenn sie nun zu Treffpunkten ausgebaut werden sollen. Außerdem ist für ihn auch eine eigenständige WC-Anlage an der Grillhütte des SG notwendig, damit diese unabhängig von der Vereinsgaststätte betrieben werden kann. Danach kann er sich eine WC-Anlage am Bahnhof Rot-Malsch vorstellen, allerdings auch kombiniert mit einem witterungsschützenden Wartebereich. Er schlägt vor, den Antrag entsprechend ruhend zu stellen und nach diesen Maßnahmen wieder aufzugreifen.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 20. März 2018

Gemeinderat Ferdinand Speckert unterstützt den Antrag der Freien Wähler unter dem Gesichtspunkt der Steigerung der Attraktivität des ÖPNV. Er bedauert, dass die Bundesbahn sich aus ihrer Verantwortung für Sauberkeit und Hygiene in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgezogen hat. Er informiert, dass am Bahnhof Neulußheim eine vom Kioskbetreiber verwaltete Toilette zur entgeltlichen Benutzung besteht. Er unterstützt den Antrag der Freien Wähler zum jetzigen Zeitpunkt, jedoch auch zu gegebener Zeit die weiteren von Gemeinderat Norbert Knopf eingebrachten Standorte.

Gemeinderat Siegfried Köck unterstreicht die Wichtigkeit einer solchen Anlage für die Fahrgäste, deren S-Bahn zu spät angekommen und deren Anschluss-Bus schon abgefahren ist. Er greift den Vorschlag auf, eine diesbezügliche Bürgerumfrage zu starten. Er kennt zweckdienliche Anlagen bereits für 45.000 € und unterstützt eine entgeltliche Benutzung. Im Hinblick auf die gemeinsamen Park-and-Ride-Anlagen hält er auch eine gemeinsame Toilettenanlage für realisierbar. Die Vorschläge für Toilettenanlagen an den Spielplätzen findet er ebenfalls gut und zeitgemäß. Er bittet das Infrastrukturprogramm des Landes auf Zuschussmöglichkeiten zu prüfen ähnlich wie die touristisch geprägte Gemeinde Bad Peterstal-Griesbach.

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass die Prüfung der Zuschussmöglichkeiten erfolgt ist, aber das Tourismusprogramm nicht einschlägig ist. Die von der Verwaltung geschätzten Kosten beziehen sich auf die Anlage am Römerplatz, eine Anlage einfacherer Bauart hält Vandalismus dann eben auch nur eingeschränkt statt. Das von ihm gegenüber Malsch durchaus positiv und wünschenswert vorgetragene Anliegen wurde jedoch von dortiger Seite abschlägig beschieden, weshalb er sich hier dann doch schwer tut.

Gemeinderat Michael Herling kann der Gemeinde Malsch hier keinen Vorwurf machen und verweist auf die schon geplanten E-Stationen für Fahrräder und Autos. Er bezweifelt, dass die angesetzten 100.000 € für die WC-Anlage überhaupt reichen werden. Voraussichtlich wird man dort auch an eine Überwachung zur Unterstützung des Sicherheitsempfindens denken müssen; möglicherweise hält sich die Gemeinde Malsch auch aus solchen Folgeüberlegungen zurück.

Bauamtsleiter Werner Kleiber informiert, dass die Toilettenanlage am Römerplatz 2008 zwischen 56.000 und 70.000 € inklusive aller Anschlüsse auf eigenem Grundstück kostete. Ohne bereits im Detail die Leitungspläne zu kennen, hält er die 100.000 € für eine realistische Zahl.

Bürgermeister Dr. Eger ergänzt, dass die Vorlage sehr wohl die bauartbedingte Kostenbandbreite von 50.000 bis 100.000 € nennt.

Gemeinderat Adolf Geider sieht die Notwendigkeit für die Toilettenanlage am Bahnhof Rot-Malsch vor allem für die ÖPNV- Nutzer aus dem Gewerbepark und ist der Meinung, dass die Gemeinde St. Leon-Rot das Projekt auch ohne die Gemeinde Malsch realisieren kann.

Gemeinderätin Anneliese Runde stellt einen Schlussantrag nach § 17 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Gemeinderats.

Der Gemeinderat stimmt diesem Antrag mit 17 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen zu.

Bürgermeister Dr. Eger stellt folgenden Beschlussantrag zur Abstimmung:

Die Entscheidung über die Toilettenanlage am Bahnhof Rot-Malsch wird zurückgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt das Interesse der Bevölkerung am Bau einer WC-Anlage am Bahnhof Rot-Malsch abzufragen, die Zuschussmöglichkeiten detailliert abzuklären und kostengünstige bauliche Alternativen zu prüfen.

Der Gemeinderat stimmt diesem Antrag mit 14 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Sitzung am: Dienstag, 20. März 2018 Nr. 4 Ö

Tagesordnungspunkt: 6

Öffentliches WLAN in St. Leon-Rot
hier: Antrag der Jungen Liste St. Leon-Rot

- 621.41 -

Ausführungen und Beschluss:

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 20. März 2018

Gemeinderat Manuel Thome legt seinen Fraktionsantrag dar und begrüßt den Verwaltungsvorschlag, hätte sich allerdings nach fünf Monaten heute schon mehr Informationen zu den anderen Anbietern gewünscht.

Bürgermeister Dr. Eger führt sachliche Gründe für die Verzögerung an und dankt für die personelle Unterstützung, die zwischenzeitlich im Fachgebiet IT zur Entlastung geführt hat. In der Sache selbst sind einige kritische Punkte noch zu prüfen und zu beachten.

Herr Alexander Borcherding berichtet, dass das Portal des EU-Förderprogramms WiFi4EU zur Bewerbung noch immer nicht geöffnet ist, die Gemeinde jedoch eine Antragstellung plant. Die Gemeinde holt Angebote von verschiedenen Anbietern für die Versorgung mit WLAN ein, die Angebote sind auch unter rechtlichen Aspekten eingehend zu prüfen, ebenso sensible Standorte wie z. B. die Schule.

Gemeinderat Tobias Rehorst stimmt der Vorgehensweise, Angebotseinholung und Konzepterstellung zu. Bei der Festlegung der Zugangspunkte zum öffentlichen WLAN sollen die entsprechenden Verantwortlichen wie z. B. Schulleitungen, Feuerwehrkommandanten einbezogen werden. Er möchte wissen, wie bei Laternenbasierten Systemen der WLAN-Zugang innerhalb der Gebäude auch sichergestellt werden kann. Er bittet abzuwägen, ob die Kosten für einen Rechtsbeistand im Vorfeld des Programms WiFi4EU die Fördergelder nicht bereits aufzehrt und deshalb ggfs. darauf verzichtet werden sollte. Er bittet weitere Fördermöglichkeiten, z. B. auch des Landes, zu prüfen. Er wünscht Informationen über die Folgekosten und über die zu erwartende Strahlenbelastung. Er möchte wissen, ob der Bereich des Pilotprojektes um das Rathaus ausgenommen wird.

Bürgermeister Dr. Eger weist daraufhin, dass die Schulen als Konfliktbereich geprüft werden müssen. WLAN auch für den häuslichen Bereich wird aus Kapazitätsgründen nicht möglich sein im Unterschied zu anderen europäischen Ländern, in denen bereits Glasfasernetze verbreitet sind und dadurch ganz andere Kapazitäten bereitgestellt werden können. Man sollte an einer langfristigen Lösung arbeiten; da SM!GHT ein Unterprodukt eines Energieversorgers ist, kann man nicht notwendigerweise davon ausgehen, dass jedes Geschäftsfeld auch dauerhaft betrieben wird.

Gemeinderat Achim Schell unterstützt den Antrag und die Vorschläge der Verwaltung und bittet die Eingänge I und II am St. Leoner See mit anzubinden. Wenn die Fördermittel ohne Rechtsbeistandskosten akquirierbar sind, sollte man dies nutzen, ansonsten nach Feststellung der Kostenlage entscheiden.

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass die Glasfasern in der Nähe des Sees liegen, jedoch ein Anschluss zwingend Voraussetzung ist.

Gemeinderat Udo Back befürwortet den Vorschlag der Verwaltung, bittet um Kostenfeststellung und schlägt vor, auch die beiden großen Spielplätze aufzunehmen.

Für **Gemeinderat Michael Herling** sind die Kosten ein wichtiger Punkt. Aus der Schule sollte das Thema WLAN herausgehalten werden, der Bereich an der Parkringschule vor dem Hintergrund der notwendig gewordenen Videoüberwachung, um ihn nicht auch noch attraktiver machen. Am See hingegen wäre WLAN wünschenswert.

Gemeinderat Rouven Dittmann verweist darauf, dass in der Sporthalle Rot WLAN gewünscht und gebraucht wird und damit der Schulstandort automatisch dabei sein muss.

Gemeinderat Norbert Knopf ist für öffentliches WLAN, bittet ein Konzept auszuarbeiten und mehrere Anbieter anzufragen. Die Bereiche sollen kritisch ausgewählt werden, vor allem jedoch öffentliche Plätze und Bushaltestellen berücksichtigt werden. Die Schulen sollen entsprechend gehört werden.

Gemeinderat Prof Dr. Wolfgang Werner unterstützt den Antrag und ist auch für gutes WLAN am See an beiden Eingängen sowie bei den Spielplätzen, bei den Schulen ist der Wunsch der Schulleitung zu berücksichtigen.

Gemeinderat Tobias Rehorst ist dafür, die Infrastruktur auch an den Schulen anzubieten im Hinblick auf die Digitalisierungsstrategie des Landes für die Schulen, natürlich unter Einbeziehung der Schulleitung.

Bürgermeister Dr. Eger gibt zu bedenken, dass zu trennen ist zwischen dem öffentlichen WLAN und dem schulischen WLAN, das die Landesregierung in ihrem Verantwortungsbereich liefern muss.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 20. März 2018

Gemeinderat Michael Herling ist für digitale Bildung in der Schule, jedoch gegen öffentliches WLAN auf dem Pausenhof, weil er viele Probleme in diesem Bereich kennt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt ein Gesamtkonzept für die Einrichtung eines öffentlichen WLAN im Gemeindegebiet St. Leon-Rot zu entwickeln. Hierbei sollen auch mögliche Konfliktpunkte, z. B. Schulbereiche, überprüft werden.

Sitzung am: Dienstag, 20. März 2018 Nr. 4 Ö

Tagesordnungspunkt: 7

Errichtung der Anstalt ITEOS durch Beitritt der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg und Vereinigung der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT am 01.07.2018

- 048.42 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger führt in den Sachverhalt entsprechend der Sitzungsvorlage ein.

Nach **Gemeinderat Tobias Rehorsts** Einschätzung bleibt der Gemeinde keine andere Wahl, da sie ansonsten ihre gesamte IT selbständig organisieren müsste, wenngleich der in Aussicht gestellte Einsparungseffekt von 25 Mio. € innerhalb von fünf Jahren durch die Fusion abzuwarten bleibt. Er signalisiert Zustimmung.

Gemeinderat Achim Schell befürwortet die Fusion, da sich dadurch auch die Leistungsfähigkeit der Gemeinde erhöht.

Bürgermeister Dr. Eger sieht die Synergieeffekte vor allem bei der Fortentwicklung der Programm-Software, da die Anzahl der Nutzer steigt.

Gemeinderat Norbert Knopf weist darauf hin, dass wenn die Gemeinde in dem neuen Zweckverband ein Stimmrecht hat, darauf geachtet werden soll, dass bei der Fusion jungen Mitarbeitern eine Chance gegeben wird und diese nicht dem Personalabbau zum Opfer fallen.

Bürgermeister Dr. Eger bestätigt, dass die Gemeinde 23 Stimmen im Zweckverband hat, nach seiner Einschätzung jedoch eher das umgekehrte Problem der Personalgewinnung besteht und man den Zweckverband als Arbeitgeber bei jungen Leuten eher attraktiveren muss, weil er in Konkurrenz zu anderen IT-Unternehmen steht.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und stimmt dem Beitritt des Zweckverbands KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg und der Vereinigung mit den Zweckverbänden KDRS und KIRU zum Gesamtzweckverband 4IT zu.
2. Der Gemeinderat beauftragt den Bürgermeister, in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KIVBF die Organe des Zweckverbands zum Vollzug aller hierzu notwendigen Handlungen zu bevollmächtigen.

Zu den notwendigen Handlungen gehören (insbesondere):

- a) die Zustimmung zum Beitritt des Zweckverbands KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg durch Vereinbarung der Änderung der Satzung der Datenzentrale Baden-Württemberg
- b) die Zustimmung zum vorgesehenen Vermögensausgleich
- c) die Zustimmung zur Verschmelzung der Betriebsgesellschaften IIRU, KRBF und RZRS zu einer hundertprozentigen Tochter der aus der Datenzentrale Baden-Württemberg mit Beitritt der Zweckverbände hervorgehenden ITEOS (AÖR)
- d) die Zustimmung zum Fusionsvertrag der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF und ihrer Tochtergesellschaften sowie der Datenzentrale Baden-Württemberg

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 20. März 2018**

- e) die Zustimmung zur Vereinigung der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT

Sitzung am: Dienstag, 20. März 2018 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 8
Erneuerung Maschinelle Schlammentwässerung hier: Maschinenteknik, Auftragsvergabe	- 700 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, den Auftrag für die Erneuerung der Maschinellen Schlammentwässerung an die Firma ASW GmbH aus Karlsbad zu einer vorläufigen Auftragssumme von 526.932,01 € zu erteilen.

Sitzung am: Dienstag, 20. März 2018 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 9
Erweiterung der Parkringschule Technische Gewerke, Auftragsvergaben	- 211 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und verweist auf die darin angekündigte ergänzende Tischvorlage bzgl. Ziffer 3 Heizungsarbeiten.

Ortsbaumeister Peter Dietz legt dar, dass dieses Gewerk noch einmal besonders geprüft wurde, da es in enger Konkurrenz zu einem einheimischen Angebot stand.

Gemeinderat Carsten Kamuf sieht zu einem den Kostendruck aufgrund der guten Baukonjunktur und begrüßt das steuernde Eingreifen der Gemeinde, um das Kostenziel einzuhalten. Er signalisiert Zustimmung.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird ermächtigt, folgenden Firmen die Aufträge für die Erweiterung der Parkringschule zu erteilen:

1. Aufzugsanlagen	Fa. Schmitt & Sohn, Ludwigshafen	80.912,86 €
2. Elektroarbeiten	Fa. Elektro Eichler, Schriesheim	325.131,69 €
3. Heizungsarbeiten	Fa. Schuppler, Waghäusel	334.468,30 €
4. Lüftungsarbeiten	Fa. S & B, Reilingen	179.003,33 €
5. Sanitärarbeiten	Fa. Seidel, St. Leon-Rot	80.812,46 €

Sitzung am: Dienstag, 20. März 2018 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt: 10
Teilfortschreibung Einzelhandelskonzept der Gemeinde St. Leon-Rot Beratung und Beschlussfassung über das Ergebnis der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange Beschluss über die Teilfortschreibung des Einzelhandelskonzepts der Gemeinde St. Leon-Rot (Stand Februar 2018)	- 621.41 -

Ausführungen und Beschluss:

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 20. März 2018

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Auf Nachfrage von **Gemeinderat Achim Schell** bezgl. der Zuordnung der Erweiterung der Aldi Filiale zum Ortsteil Rot zu Seite 13 bestätigt er, dass dies zur Gemarkung St. Leon gehört und entsprechend abgeändert wird.

Bauamtsleiter Werner Kleiber begrüßt Herrn Ulrich Villinger vom Ingenieurbüro Piske.

Bürgermeister Dr. Eger vermutet, dass die Betrachtung daher rührt, weil diese Fläche ursprünglich Teil des Bebauungsplanes Rosenstraße/Tränkweg war.

Auf Nachfragen von **Gemeinderäten Michael Herling, Norbert Knopf und Marina Krenzke** bestätigt **Bauamtsleiter Werner Kleiber**, dass die Gemeinde definitiv am Altstandort Lidl Einzelhandel mit Nahversorgung und zentrenrelevanten Sortimenten ausschließt, im Rahmen der 8. Änderung des Bebauungsplans Rosenstraße/Tränkweg, weil es eine der Auflagen der Raumordnungsbehörde war. Als Standort bleibt die Fläche im Einzelhandelskonzept drin, jedoch darf zentrenrelevanter Einzelhandel dort nicht mehr stattfinden. Somit bleiben noch 500 m² pro Ortsteil nicht zentrumsrelevanten Einzelhandels zu vergeben.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Über die im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird gemäß der beigefügten Liste, Anlage 1, Beschluss gefasst.
2. Die Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts (Stand Februar 2018), Anlage 2, wird beschlossen.

Sitzung am: Dienstag, 20. März 2018 Nr. 4 Ö

Tagesordnungspunkt: 11

Flächennutzungsplan St. Leon-Rot 2020, 3. Änderung
hier: 1. Beschlussfassung über die im Rahmen der vorzeitigen Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB und im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen
2. weiteres Verfahren

- 621.41 -

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Der Gemeinderat beschließt die im Rahmen der vorzeitigen Beteiligung der Fachbehörden nach § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen gemäß der beigefügten Liste.
2. Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren beauftragt, insbesondere mit der erneuten Beteiligung der Fachbehörden nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB.

Sitzung am: Dienstag, 20. März 2018 Nr. 4 Ö

Tagesordnungspunkt: 12

Vorhabenbezogener Bebauungsplan
„Einzelhandelsmarkt Schiff II“ nach § 12 BauGB
hier: 1. Beschlussfassung über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Fachbehörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen
2. weiteres Verfahren

- 621.41 -

Ausführungen und Beschluss:

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 20. März 2018

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Einzelhandelsmarkt Schiff II“ nach § 12 BauGB

hier: 1. Beschlussfassung über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Fachbehörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen.

2. Weiteres Verfahren

Sitzung am: Dienstag, 20. März 2018 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt:	13
Bebauungsplan „Rosenstraße/Tränkweg, 7. Änderung“		
1. Beratung und Beschlussfassung über das Ergebnis der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und das Ergebnis der Offenlage		
2. erneute Offenlage		- 621.41 -

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Im Rahmen der Beteiligung nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Offenlage nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplans „Rosenstraße/Tränkweg, 7. Änderung“ wurden Stellungnahmen bzw. Anregungen vorgebracht, die zu einer Änderung des Bebauungsplanentwurfs führen. Der Gemeinderat beschließt die im Rahmen der Beteiligung der Fachbehörden nach § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen/Abwägungen gemäß der beigefügten Abwägungsliste. Er beschließt die Änderung des Bereiches 1 gemäß Entwurf vom 14.02.2018.
2. Der Bebauungsplan „Rosenstraße/Tränkweg, 7. Änderung“ in der gemäß Abwägungsvorschlag und Änderung des Bereichs 1 überarbeiteten Fassung wird erneut offengelegt nach § 3 Abs. 2 S. 1, § 13 Abs. 3 S. 2, § 13a Abs. 2 BauGB. Die Offenlage wird nach § 4a Abs. 3 S. 3 BauGB verkürzt auf 14 Tage. Auch die Beteiligung der Fachbehörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB ist erneut durchzuführen.

Sitzung am: Dienstag, 20. März 2018 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt:	14
Bebauungsplan „Rosenstraße/Tränkweg, 8. Änderung“ mit örtlichen Bauvorschriften		
hier: 1. Beschlussfassung über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Fachbehörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen		
2. weiteres Verfahren		- 794.08 -

Ausführungen und Beschluss:

Baumamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 20. März 2018**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Der Gemeinderat beschließt die im Rahmen der vorzeitigen Beteiligung der Fachbehörden nach § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen gemäß der beigefügten Liste.
2. Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren beauftragt, insbesondere mit der erneuten Beteiligung der Fachbehörden nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB.

Sitzung am: Dienstag, 20. März 2018 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt:	15
Verschiedenes	- 022.3 -	

Ausführungen und Beschluss:

- KEINE -

Sitzung am: Dienstag, 20. März 2018 Nr. 4 Ö	Tagesordnungspunkt:	16
Wünsche und Anfragen	- 022.3 -	

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Adolf Geider bittet um Überprüfung der Bestuhlung in der Friedhofshalle Rot, nach seiner Information sind die Sitz- und Rückenlehnen in einem desolaten Zustand. Des Weiteren wünscht er eine Begehung der Kramer-Mühle durch den Gemeinderat unter Anwesenheit von Bausachverständigen, die Auskunft geben können über die Bausubstanz und deren Sanierungsfähigkeit bzw. der hierfür anfallenden Kosten. Er stellt klar, dass nach seiner Ansicht keine Flüchtlinge in die Kramer-Mühle kommen sollten, sondern dass Wohnungen für im Ort arbeitende Bürger und Singlewohnungen gebraucht worden sind.

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass die nächste Projektgruppensitzung in der Kramer-Mühle stattfinden wird. Der Gemeinderat hatte die Kramer-Mühle bereits bei mehreren Gelegenheiten besichtigt.

Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner bittet beim Hegering die Bestandszahlen von Schwarz- und Rehwild zu erfragen.

Gemeinderat Norbert Knopf möchte wissen, ob der Plan besteht, dass der Gemeinderat ein eigenes Team zur Teilnahme am Stadtradeln bildet.

Bürgermeister Dr. Eger ist es willkommen, wenn er die Initiative hierzu ergreifen möchte.

Gemeinderätin Anneliese Runde bittet um Information über die Fahrgastzahlen für die einzelnen Buslinien.

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass die Nachrüstung der Busse mit Fahrgastzählern von einzelnen Kommunen aus Kostengründen abgelehnt wurde. Man wird jedoch überprüfen, in welcher Form, z. B. Stichproben, Zahlen vorlegen.